NRW ordnet nach Hanau besonderen Schutz für Muslime an

25. Februar 2020



Düsseldorf (KNA) Nach dem mutmaßlich rassistischen Anschlag mit elf Toten in Hanau verstärkt die nordrhein-westfälische Landesregierung Sicherheitsmaßnahmen für Muslime. Die Polizei gehe dort auf Streife, wo sich vor allem muslimische Mitbürger aufhielten, erklärte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Donnerstag vor Journalisten in Düsseldorf. Konkret nannte er die landesweit 900 Moscheen während des morgigen Freitagsgebets. Zudem sollen die zuständigen Kontaktbeamten der Polizei den Moscheegemeinden unmittelbar Rat und Hilfe anbieten.

NRW stehe in dieser Stunde eng an der Seite seiner ausländischen Mitbürger, insbesondere derer, die aus muslimischen Ländern zugewandert seien, erklärte Reul. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) habe für Donnerstagabend die karnevalistischen Veranstaltungen in den Landesvertretungen in Berlin und Brüssel abgesagt. „Nordrhein-Westfalen trägt an diesem Tag Trauer“, sagte der Innenminister.

Am späten Mittwochabend hatte nach Polizeiangaben ein Täter neun Menschen in Hanau erschossen. Der Generalbundesanwalt geht von einem rassistischen Hintergrund aus. Der

mutmaßliche Täter sowie seine Mutter wurden später in seiner Wohnung tot aufgefunden.

Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) sprach in Köln von einem „schwarzen Tag“. Die Tatorte und ein Bekennerschreiben zeigten, „dass der Terror eine bestimmte Zielgruppe hatte, nämlich Migranten, insbesondere Muslime“. Mehrere der Getöteten sind den Angaben zufolge Kurden. Der kurdische Dachverband in Deutschland KON-MED äußerte sich „wütend“, weil die politischen Verantwortlichen sich rechten Netzwerken und Rechtsterrorismus nicht entschieden entgegenstellten.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - kkmmk-89-00178)

Stand: 16. November 2026